

Kommentar zur Konjunktur: Energiepreise bremsen Österreichs Konjunktur nur kurz aus

WIFO-Direktor Gabriel Felbermayrs Statement zur Sommerprognose 2026 im Wortlaut

Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) präsentierte am Donnerstag, den 25. Juni 2026 um 10:00 Uhr seine Konjunkturprognose für 2026 und 2027 im Rahmen einer Pressekonferenz. Gabriel Felbermayrs Eröffnungsstatement wird hier im Wortlaut veröffentlicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, guten Morgen!

Die österreichische Volkswirtschaft wächst heuer preisbereinigt um etwa 0,9%. Das ist alles andere als stürmisch, aber angesichts des Krisengeschehens passabel und immerhin um zwei Zehntel mehr als im Euro-Raum. Wir bestätigen damit unser Hauptszenario vom April. Das Wachstum 2027 erwarten wir leicht schwächer bei rund 1,1% bei weiterhin hoher Prognoseunsicherheit nach unten aber auch nach oben. Die Inflationsrate und die Arbeitslosenquote mussten wir etwas nach oben revidieren, und zwar auf 3,2% bzw. 7,5%. Im kommenden Jahr dürften beide Werte merklich zurückgehen.

Die letzten vier Monate standen unter dem Zeichen der Irankrise. Stark gestiegene Preise für fossile Energie trieben die Inflation zwischenzeitlich auf hohe 3,7% und verunsicherten die Verbraucher:innen. Die langfristigen Zinsen stiegen, jetzt auch die kurzfristigen. Die Sperrung der Straße von Hormus belastete den Welthandel und das Investitionsklima. Im II. Quartal 2026 dürfte die österreichische Wirtschaft kaum mehr als stagniert sein. Aber ein **starker Jahresauftakt und die Rückkehr zum Wachstum im 2. Halbjahr** sollten das Bild retten.

Eine graduelle **Rückkehr zur Normalität auf den Energiemärkten** wird den Preisauftrieb dämpfen. Wir rechnen trotz Auslaufens der Spritpreisbremse mit langsam sinkenden Inflationsraten. Im Jahresdurchschnitt 2027 sollte eine Rate von 2,4% erreichbar sein. Immer noch höher als gewünscht und höher als im Euro-Raum. Grund: die Dienstleistungsinflation.

Der Arbeitsmarkt bleibt allerdings bis auf Weiteres relativ angespannt. Wir rechnen im Jahreschnitt mit 323.000 Arbeitslosen; nächstes Jahr um knapp 10.000 weniger. Obwohl die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter deutlich schrumpft, wächst die Anzahl der Erwerbspersonen weiter, allerdings mit abnehmender Rate.

Entgegen so manchen Unkenrufen wächst die Industrie seit Anfang 2025 wieder, auch wenn die Margen deutlich unter Druck stehen dürften. Die Herausforderungen im Welthandel sind weiter hoch und die chinesische Konkurrenz wird laufend stärker. 2026 erwarten wir eine um 1,5% höhere reale Wertschöpfung; allerdings werden per Saldo weitere Industriejobs verloren

gehen. Nächstes Jahr geht es ähnlich weiter. Österreichs Industrie setzt sich somit deutlich von Deutschland ab.

Passend zu diesem Bild erwarten wir eine Steigerung der realen **Warenexporte** um 1%, und auch die **Bruttoausrustungsinvestitionen** dürften mit 3,3% zulegen. Durch Lohnabschlüsse unterhalb der Inflationsrate hat sich die Wettbewerbsfähigkeit leicht verbessert. Aber die Schattenseite dieser erfreulichen Entwicklung sind **fallende Nettoeallöhne**, die durch Lohnsteigerungen unter der Inflationsrate und durch eine merklich höhere Steuer- und Abgabenlast leiden.

Diese Entwicklung belastet den Handel, der 2026 nur sehr schwach expandiert. Wir erwarten für 2026 gerade einmal 0,3% Zuwachs bei der realen Bruttowertschöpfung; hier sind die Spuren der hohen Inflation sehr deutlich. Die Inflation führt auch zu einem sehr **verhaltenen Wachstum des realen Konsums**. Wenn die Nachrichtenlage nach der Deeskalation am Golf nun besser wird, sollte sich die Lage hier aber wenigstens stabilisieren.

Die unsichere Weltlage drückt auf die Wertschöpfung des heimischen **Tourismus**. Die Dienstleistungsexporte dürften 2026 deutlich weniger expandieren, als wir im April angenommen haben. Dennoch expandiert die reale Wertschöpfung in Beherbergung und Gastronomie in beiden Prognosejahren um rund 1%, nachdem sie 2024 und 2025 geschrumpft war.

Die Bauwirtschaft aber enttäuscht ein weiteres Mal. Auch 2026 sieht es nach einer Schrumpfung der realen Bruttowertschöpfung in diesem Sektor aus. Damit ist die **Bauwirtschaft das achte Jahr im Abschwung**. Auch die Bauinvestitionen spiegeln diese Abwärtsbewegung deutlich wider. In Folge sind im Gebäudesektor die Bruttoinvestitionen nur mehr marginal höher als die Abschreibungen. Trotz steigender Nachfrage nach Wohnraum wächst das Angebot kaum.

Die Bundesregierung sollte sich, nachdem sie im letzten Jahr viel Augenmerk auf die Industrie gerichtet hat, nun wieder vermehrt dem Bausektor zuwenden. **Wir schlagen drei Dinge vor.**

Erstens sollte bei der Konsolidierung der Budgets, vor allem auf Gemeinde- und Länderebene darauf geachtet werden, **dass die Bauinvestitionen nicht überproportional gekürzt werden**. Sonst droht ein dauerhafter Rückgang der Baukapazitäten. Außerdem sind es ja nach den Regeln der Finanzwissenschaft gerade die Investitionen, für die der Staat sich durchaus verschulden darf und soll.

Zweitens ist uns wichtig, **dass der Staat die Krise des Hochbaus nicht wieder mit regulatorischen Verschärfungen prozyklisch verstärkt**. Das hat er schon mit der sogenannten KIM-VO getan; jetzt droht ähnliches mit der Vervielfachung des sektoralen Systemrisikopuffers für gewerbliche Immobilien. Wir plädieren dafür, dass man wenigstens den gewerblichen Wohnbau schont, so wie das der deutsche Regulator tut.

Drittens glauben wir, dass man durch eine **Anpassung im Mietrecht** einen Boom bei der Altbausanierung auslösen könnte, der budgetneutral wäre, dem Klimaschutz hilft und das Stadtbild erhalten hilft. Während Neubauten ja nicht in das MRG fallen, sind Altbauten, die auf den Standard von Neubauten renoviert werden, vom MRG erfasst. Dadurch rechnet sich die Sanierung oft nicht und unterbleibt. Oder die Bauten werden abgerissen und durch Neubauten ersetzt.

Lassen Sie mich abschließend noch ein paar Worte zum **Doppelbudget** sagen. Unsere heutige Prognose ist erstmal eine gute Nachricht für den Finanzminister. Denn der Staat profitiert von

der höheren Preisdynamik. Weil auch der BIP-Deflator um vier Zehntel stärker steigt als in der bisherigen Planung, liegt das nominelle **BIP 2026 um etwa 4 Mrd. € höher; das gilt auch 2027**. Daraus sollten sich in grober Näherung etwa 2 Mrd. € höhere Einnahmen des Staates ergeben. Das Defizit für 2026 verbessert sich gegenüber der April-Prognose leicht auf 4,0% des BIP. 2027 erwarten wir ein Defizit von 3,7% des BIP; eine Verbesserung von etwa 0,3 Prozentpunkten. Dahinter verbirgt sich natürlich auch das neue Doppelbudget. Mit dieser Aussicht ist das WIFO leicht pessimistischer als das Ministerium und auch als der Fiskalrat.

Trotz der Sparanstrengungen des Staates trägt dieser nachfrageseitig zum Wirtschaftswachstum bei. Der staatliche Konsum wächst 2026 um 1,2% und 2027 um 0,9%. Das ist doppelt so stark wie der private Konsum. Etwa ein Drittel des Wirtschaftswachstums ist 2026 auf steigenden Staatskonsum zurückzuführen.

Es ist alles andere als sicher, dass das Budgetdefizit 2028 auf 3% fällt; allerdings ist die Zielerreichung bei etwas besserer Konjunktur und strengem Budgetvollzug durchaus möglich. Es existieren Risiken; das größte ist, dass ab 2028 die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung an die EU abgegeben werden müssen, ohne dass der bisherige EU-Beitrag angepasst würde. Das halten wir aber für wenig realistisch, weil es dafür im EU-Rat wohl keine Mehrheit geben dürfte. Das unterscheidet uns vom Fiskalrat.

Klar ist aber auch, dass das Doppelbudget noch keinen sanierten Haushalt bewirkt. **Langfristig ist eine Neuverschuldung von 3% des BIP klar zu hoch**, weil damit eine Absenkung der Schuldenquote auf ein krisensicheres Niveau nicht möglich ist. Unabhängig von Vorgaben der EU, sollte dies aber ein Ziel sein. Sonst frisst der Schuldendienst immer höhere Anteile des Budgets.

Ich möchte noch zwei Aspekte des Doppelbudgets erwähnen, die bisher zu wenig Beachtung gefunden haben. Erstens, das Budget setzt keine **klimapolitischen Akzente**, obwohl unsere Prognose zeigt, dass sich Österreich weiter vom Zielpfad entfernt. Dabei wäre eine Senkung der klimaschädlichen Subventionen und Steuerbegünstigungen im Sinne der Budgetkonsolidierung und könnte Freiräume für weitere Senkungen des FLAF-Beitrages bringen. Das WIFO wird sich weiter dafür einsetzen.

Zweitens ist das Doppelbudget **hinsichtlich der wichtigen Anreize für mehr Erwerbsarbeit inkonsistent**. Es ist sehr gut, dass die Lohnnebenkosten fallen; allerdings steigen sie für ältere Arbeitnehmer:innen, und zwar deutlich um fast 6 Prozentpunkte. Weil gerade in diesem Segment die Arbeitslosigkeit merklich steigt, finden wir diese Entwicklung problematisch. Die Verbesserung der Anreize für Erwerbsarbeit ab dem Pensionsantrittsalter setzt unserer Meinung am falschen Segment an, ist relativ teuer und dürfte mit hohen Mitnahmeeffekten einhergehen.

Ein paar technischere Hinweise zur Energiepreisentwicklung nun noch von Stefan Ederer.

Wien, am 25. Juni 2026

Begleitende Präsentationsunterlagen, die das Presse-Statement von WIFO-Direktor Gabriel Felbermayr veranschaulichen, stehen Ihnen [hier](#) zum Download zur Verfügung.